

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Brähmig, Jürgen Klimke, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Annette Faße, Renate Gradistanac, Siegmund Ehrmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/12730 –**

Tourismuskoooperation und Jugendaustausch mit den neuen EU-Staaten fördern

A. Problem

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zielt darauf ab, die Chancen, die sich aus dem Zusammenwachsen mit den neuen EU-Staaten ergeben, noch stärker für das Reiseland Deutschland zu nutzen. Dafür soll die Bundesregierung vor allem den Jugendaustausch und die Tourismuskoooperation mit den neuen EU-Staaten fördern. Jugendaustausch diene dem Kennenlernen und der Völkerverständigung, weil er längere und intensivere Begegnungen und ein tieferes Verständnis ermögliche. Jugendliche, die im Rahmen eines Austausches Deutschland besuchten und kennenlernten, bauten eine positive Beziehung zu unserem Land auf und kämen später häufig als Touristen wieder. Die bereits bestehende Förderung des Jugendaustausches mit den neuen EU-Mitgliedstaaten müsse weiterhin angemessen finanziert und die Austauschprogramme sollten noch stärker bekannt gemacht werden.

Es liege im Interesse Deutschlands, grenzüberschreitende Kooperationen, vor allem mit den deutschen Nachbarländern Polen und Tschechien zu fördern, um gemeinsam eine größere Außenwirkung zu erzielen. Eine Anhörung im Tourismusausschuss habe u. a. ergeben, dass die EU-Förderrichtlinien an die Bedürfnisse grenzübergreifender Zusammenarbeit besser angepasst werden sollten.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/12730 anzunehmen.

Berlin, den 17. Juni 2009

Der Ausschuss für Tourismus

Marlene Mortler
Vorsitzende

Jürgen Klimke
Berichterstatter

Renate Gradistanac
Berichterstatterin

Jens Ackermann
Berichterstatter

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Bettina Herlitzius
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jürgen Klimke, Renate Gradistanac, Jens Ackermann, Dr. Ilja Seifert und Bettina Herlitzius

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 220. Sitzung am 7. Mai 2009 den Antrag auf **Drucksache 16/12730** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Sportausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 90. Sitzung am 27. Mai 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Innenausschuss** hat in seiner 98. Sitzung am 27. Mai 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Sportausschuss** hat in seiner 75. Sitzung am 27. Mai 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. und bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP sowie bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 100. Sitzung am 27. Mai 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 95. Sitzung am 27. Mai 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 91. Sitzung am 27. Mai 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 90. Sitzung am 27. Mai 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 88. Sitzung am 27. Mai 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 86. Sitzung am 27. Mai 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 80. Sitzung am 27. Mai 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 16/12730 in seiner 81. Sitzung am 17. Juni 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies darauf hin, dass die neuen EU-Staaten für Deutschland wichtige touristische Quellmärkte mit deutlichem Wachstum darstellen. Die Deutsche Zentrale für Tourismus habe dieses Potenzial richtig erkannt und einen Schwerpunkt ihrer Werbung auf Polen gelegt. Ein Hauptanliegen des Antrags sei es, gemeinsame Tourismuskoooperationen zwischen Deutschland und den neuen EU-Staaten mit Nachdruck zu unterstützen. Die Problematik grenzübergreifender Tourismuskoooperationen sei auch schon in der Anhörung des Ausschusses am 23. April 2008 (55. Sitzung) thematisiert worden. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, die Förderprogramme der EU stärker den Bedürfnissen grenzüberschreitender Kooperationen anzupassen.

Der zweite Bereich des Antrags, die Kooperation von Schulen, Hochschulen, Städten und die Förderung des Jugendaustausches seien deswegen sinnvoll, weil das gegenseitige Kennenlernen eine langfristige Bindung an Deutschland unterstütze. Dies sei eine wichtige Voraussetzung für häufige gegenseitige Besuche. Innerhalb der bestehenden Förderung von Jugendaustauschprogrammen sei besonderer Wert auf Langzeitprogramme zu legen, weil das die gewünschten Effekte wie Sprach- und Kulturkenntnisse, Förderung der interkulturellen Identitätsbildung und auch gegenseitige Toleranz verstärke. Gerade mit den neuen EU-Staaten Polen

und Tschechien, die an Deutschland grenzten, gelte es, gemeinsame Kontakte zu intensivieren, um Vorurteile und Resentiments auszuräumen.

Die **Fraktion der SPD** hob hervor, dass ein wesentlicher Gesichtspunkt des Antrags das Thema der Vernetzung sei. In Zukunft werde es wichtig sein, dass noch mehr vernetzt und kooperiert werde, vor allem im Hinblick darauf, dass aufgrund der Auswirkungen der Finanzkrise die finanziellen Mittel knapp werden könnten. Weiterhin gehe es um Begegnung der Jugend und da sei es wichtig, dass man sich ganz besonders den neuen EU-Ländern zuwende. In Europa müsse eine Werteentwicklung vorangebracht werden, so wie dies z. B. auch die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU zum Ziel hätten, und dazu müsse vor allem auf die Jugend gesetzt werden. Dies sei das beste Mittel für Prävention.

Die **Fraktion der FDP** begrüßte die Zielsetzung des Antrags, den Jugendaustausch zu verstärken. Jugendaustausch diene der Völkerverständigung und dem Zusammenwachsen innerhalb der Europäischen Union. Junge Menschen würden die im Gastland gesammelten Erfahrungen mit nach Hause nehmen und als Multiplikatoren wirken. Eine positive Begleiterscheinung des Jugendaustausches sei, dass die Teilnehmenden später oft als Touristen wiederkämen.

Kritisch anzumerken sei, dass sich in der letzten Zeit die Rahmenbedingungen für den Jugendaustausch bzw. überhaupt für die Menschen, die reisen wollten, nachteilig entwickelt hätten, z. B. durch die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007. Eine überfällige Steuerreform sei das beste Konjunkturmittel, um auch Jugendliche zu befähigen, an

einem Austausch teilzunehmen oder überhaupt reisen zu können. Im Hinblick auf die Wirtschaftskrise sei zu bemängeln, dass der Tourismus bei den Konjunkturpaketen nicht mit bedacht worden sei. Die Fraktion werde sich daher enthalten.

Die **Fraktion DIE LINKE** wandte sich gegen den Antrag, weil es weniger darum gehe, den internationalen Jugendaustausch zu fördern, damit die Jugendlichen sich kennenlernen und Sprache und Kultur des Nachbarn besser verstehen können, sondern Ziel sei es, in erster Linie diese Staaten als Quellmarkt für den Deutschlandtourismus zu erschließen. Dieses Anliegen könne zwar ein Ziel sein, nicht aber das Hauptziel eines Austauschprogramms bzw. die politische Vorgabe für den Austausch mit unseren Nachbarländern. Dies sei der falsche Ansatz.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** lehnte den Antrag ab, weil es der Jugendaustausch nicht verdiene, mit Tourismus und Tourismuskoooperationen in einem Antrag verknüpft zu werden. Jugendaustausch sei für sich allein genommen so bedeutsam, dass sich ein Antrag auf dieses Thema konzentrieren solle. Zum Beispiel habe der deutsch-französische Jugendaustausch ganz wesentlich zur Verständigung der beiden Völker beigetragen. Es sei wichtig, den Nachbarn kennenzulernen und in anderen Ländern und Familien zu wohnen und den Alltag zu erleben. Insofern solle sich die Botschaft des Antrags auch nur auf dieses Thema mit seiner historischen Dimension konzentrieren. Natürlich hätten auch Tourismus und grenzüberschreitende Kooperationen ihre Bedeutung, weshalb auch dieses Thema in einem separaten Antrag behandelt werden sollte.

Berlin, den 17. Juni 2009

Jürgen Klimke
Berichtersteller

Renate Gradistanac
Berichterstellerin

Jens Ackermann
Berichtersteller

Dr. Ilja Seifert
Berichtersteller

Bettina Herlitzius
Berichterstellerin